

## Schneeweiss, Ulli

---

**Von:** Erkan Dinar <erkandinar@web.de>  
**Gesendet:** Sonntag, 12. September 2021 22:08  
**An:** Schneeweiss, Ulli  
**Betreff:** Re: Unsere schriftliche Anfrage vom 01.08.2021

Lieber Ulli,

nachfolgend meine Antworten auf den Fragenkatalog.

Vielen Dank noch einmal für die Erinnerung. Die E-Mail war bei mir untergegangen.

Mit solidarischen Grüßen  
Erkan

### **Frage 1: Outsourcing**

**Es gibt immer noch eine starke Tendenz, bestimmte Dienstleistungen wie Küche, Reinigung, Gebäudereinigung usw. aus den Kliniken auszulagern (Outsourcing). Wie sehen Sie diese Entwicklung und wie stehen Sie zu den Forderungen, dieses Outsourcing zu stoppen und umzukehren?**

*Antwort: Corona hat uns allen überdeutlich vor Augen geführt, wie essentiell gut ausgestattete Krankenhäuser für unsere Gesellschaft sind. Wer jetzt nichtsdestotrotz noch immer plant, Klinikbereiche auszulagern, zeigt damit nur, dass er nichts aus der Krise gelernt hat. Outsourcing spaltet Belegschaften und hat auf kurz oder lang immer zur Folge, dass Löhne sinken und sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Denn die Beschäftigten verlieren den Schutz des Tarifvertrages des Öffentlichen Dienstes und künftige Lohnsteigerungen gelten für die Beschäftigten dann nicht mehr.*

*Natürlich trifft es vor allem die unteren Lohngruppen besonders hart, wie zum Beispiel die Reinigungskräfte. Schon beim Corona-Bonus wurde diese Gruppe vergessen, ebenso bei der Schutzkleidung, sie sind aber gerade in Krankenhäusern essentiell. Die Auslagerungen sind ein Schlag ins Gesicht für alle, die während der Pandemie täglich ihre Gesundheit riskiert haben.*

*Das eigentliche Problem liegt darin, dass Krankenhäuser wirtschaftlich und wettbewerbsfähig sein müssen und der Gesundheitssektor auf*

*Profit getrimmt wurde. Das ist aber Unsinn, Gesundheit ist keine Ware und Beschäftigte in Krankenhäusern brauchen gute Arbeitsbedingungen um Patienten gut zu versorgen und um selber gesund zu bleiben.*

*Gute Pflege braucht gute Rahmenbedingungen und deshalb braucht es einen Tarifvertrag für alle Krankenhausbeschäftigten - Schluss mit Outsourcing, Privatisierung und Lohndumping.*

**Frage 2: Weg von den Fallpauschalen / DRG's? In den Krankenhäusern gibt es pauschale Vergütungssysteme für die Betriebskosten (diagnoseorientierte Fallpauschalen; DRGs) von somatischen Häusern und Pauschale Entgelte in der Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) von denen beträchtliche Fehlanreize in Richtung Ökonomisierung und Kommerzialisierung ausgehen. Es gibt Diskussionen, diese Finanzierungssysteme zu reformieren und wieder stärker zur Selbstkostendeckung zurückzukehren. Wie ist Ihre Position hierzu?**

*Antwort: Das System der Fallpauschalen hat auf ganzer Linie versagt und muss durch eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser ersetzt werden.*

*Die Fallpauschalen sind mit verantwortlich für schlechte Versorgungsqualität und auch den Mangel an Pflegekräften. Sie belohnen Kürzungen an der Versorgungsqualität mit Gewinnen und bestrafen Investitionen in gute Versorgung. Im Ergebnis fehlen in den Krankenhäusern mindestens 100.000 Pflegekräfte, im Vergleich mit der Schweiz oder Dänemark sogar 160.000 bis 260.000 Pflegekräfte. Geldmacherei hat im Gesundheitswesen nichts verloren. Die Linke fordert zur Selbstkostendeckung zurückzukehren und steht fest an der Seite der Pflegekräfte.*

**Frage 3: Personalbemessung am tatsächlichen Bedarf statt Fallpauschalen? Es gibt seit Jahren eine Forderung nach Einführung einer bedarfsgerechten Personalbemessung in der Pflege. Diese war eigentlich für die laufende Wahlperiode versprochen worden im Rahmen einer „Konzertierten Aktion Pflege“. Wie stehen Sie zu der Forderung? Was werden Sie tun, um diese in der kommenden Wahlperiode Wirklichkeit werden zu lassen?**

*Antwort: Die Linksfraktion hat in der laufenden Legislaturperiode genau diese Forderung nach einer bedarfsgerechten Personalbemessung in der Pflege mit einem eigenen Antrag in den Bundestag mit eingebracht. Leider fand er keine Mehrheit. DIE LINKE wird auch weiterhin an diesem Thema dran bleiben und auch in der nächsten Wahlperiode als fester Partner der Pflegekräfte die Forderung offensiv vertreten.*

**Frage 4: Nur noch größere und spezialisiertere Krankenhäuser? In der Diskussion über die Krankenhäuser in Deutschland wird von Einigen die Position vertreten, man könne rund die Hälfte aller Krankenhäuser schließen und die Versorgung auf größere und spezialisiertere Häuser konzentrieren, ohne dass die Versorgung der Bevölkerung darunter leiden würde. Wie ist Ihre Meinung zu dieser These? Bitte begründen Sie Ihre Haltung.**

*Antwort: Diese Behauptung entspringt einem neoliberalen Wunschdenken, um das Gesundheitssystem noch weiter zu kommerzialisieren. Noch nie wurden so viele Pflegeheime an private Investoren verkauft wie 2020, mitten in der Pandemie wurden 20 Krankenhäuser geschlossen, derweil warten Pflegekräfte vergeblich auf bessere Arbeitsbedingungen und flächendeckende Tariflöhne. Um die Privatisierung der Krankenhäuser nicht nur zu stoppen, sondern rückgängig zu machen, muss die Bundesregierung einen Re-Kommunalisierungsfonds auflegen, mit dem Krankenhäuser entprivatisiert und bedarfsgerecht mit Personal und medizinisch-therapeutischer Infrastruktur ausgestattet werden können.*

**Frage 5: Kleine Klinikstandorte in der Region auch bei Unterdeckung beibehalten? Diese Pauschalen Vergütungen haben auch zu Folge, das kleine Krankenhäuser oder auch kleinere Standorte von Krankenhausverbänden schnell ins Defizit geraten und in ihrer Existenz bedroht sind. Das gilt auch für die kleineren Standorte von ANregiomed in Rothenburg und Dinkelsbühl. Wie stehen Sie zum Erhalt der Standorte von ANregiomed?**

*Antwort: Die Defizite bei den Kliniken sind durch die Fallpauschalen entstanden. Sie gehören abgeschafft und wieder durch ein System der Selbstkostendeckung ersetzt. Statt die Standorte zu privatisieren oder aufzulösen braucht es mehr Kooperationen. Beide Standorte gehören erhalten.*

**Frage 6: Privatisierung? Wir erleben seit einigen Jahrzehnten einen deutlichen Privatisierungsschub bei den Krankenhäusern. Waren 1991 nur rund 15% der Krankenhäuser in privater Trägerschaft, so ist dieser Anteil in 2019 auf 37% angestiegen. 80% dieses „Marktes der privaten Krankenhäuser“ befindet sich dabei in den Händen von den drei großen Krankenhauskonzernen Helios, Asklepios und Sana. Diese haben in den letzten 10 Jahren rund 10 Mrd. Euro Gewinn an ihre Anteilseigner ausgeschüttet. Was ist Ihre Meinung zu dieser Entwicklung? Und was könnte oder sollte man tun?**

*Antwort: Sowohl in Franken als auch in Baden-Württemberg sind vom Klinikkonzern Sana AG geführte Krankenhäuser Schlusslicht bei der Patientenzufriedenheit. Kein Wunder, denn wer mit Krankenhäusern Profite macht, tut dies immer auf Kosten der Versorgung von Patienten und auf dem Rücken der Beschäftigten.*

*Allein die vier großen privaten Träger – Helios, Asklepios, Sana und Rhön – verbuchten jährlich mehr als 1,5 Milliarden Euro Gewinne, die aus den Beiträgen der Krankenversicherten finanziert würden. Es darf nicht möglich sein, dass Gewinne aus Krankenhäusern an Eigentümer und Aktionäre ausgeschüttet werden. Die Fallpauschalen – das zentrale Instrument der Kommerzialisierung – müssen jetzt ausgesetzt und durch eine bedarfsorientierte und kostendeckende Finanzierung ersetzt werden.*

*Durch eine kostendeckende Finanzierung kann ausgeschlossen werden, dass weiterhin bedarfsnotwendige Krankenhäuser und Stationen aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen oder Kliniken an Private verkauft werden. Um die Privatisierung der Krankenhäuser nicht nur zu stoppen, sondern rückgängig zu machen, muss die Bundesregierung einen Re-Kommunalisierungsfonds auflegen, mit dem Krankenhäuser entprivatisiert und bedarfsgerecht mit Personal und medizinisch-therapeutischer Infrastruktur ausgestattet werden.*

Am 01.09.2021 um 15:13 schrieb Schneeweiss, Ulli:

Sehr geehrter Herr Dinar, lieber Erkan,

als Partner im Ansbacher Landkreisbündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ habe ich Ihnen mit Schreiben vom 01.08.2021 eine Anfrage zukommen lassen, um Ihre Haltung und Überzeugung zur Kranken(haus)politik zu erfahren. Das Schreiben liegt hier noch einmal als pdf-Datei bei.

Haben wir Ihre Rückantwort übersehen? Wir konnten bis heute jedenfalls keinen Posteingang feststellen und bitten daher nun um umgehende Erledigung bis Ende nächster Woche.

Mit freundlichen Grüßen

Ulli Schneeweiß  
Gewerkschaftssekretär  
ver.di Bezirk Mittelfranken  
Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg  
Tel.: 0911 / 23557 - 36  
PC-Fax: 01805 – 837343 31933 (15ct/Min aus dem deutschen Festnetz)

Email: [ulli.schneeweiss@verdi.de](mailto:ulli.schneeweiss@verdi.de)  
<http://www.mittelfranken.verdi.de>